

Es gilt das gesprochene Wort!



Haushaltsrede 2010

Daniel Gallasch
FDP-Fraktion im Kreistag des Landkreises Ravensburg

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in dieser nicht ganz einfachen Zeit steht der Kreis Ravensburg vor einer Vielzahl an Herausforderungen. Mit einigen dieser Herausforderungen will ich mich im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan für das kommende Jahr befassen.

Nach unserer Ansicht müssen in der Politik drei generelle Leitlinien gelten:

Chancen schaffen:

Im Zentrum politischen Handelns muss der Mensch stehen. Menschen müssen in der Lage sein ihr Leben frei zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen – in der Familie wie auch in allen anderen Bereichen der Gesellschaft. Deshalb muss es das oberste Ziel einer jeglichen Sozialpolitik sein, es den Menschen zu ermöglichen wieder ihr Leben und ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können und frei zu gestalten. Hierzu gehört auch die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement in Vereinen und Kirchen.

Nachhaltigkeit:

Nachhaltigkeit bedeutet schonender Umgang mit Ressourcen – oder dass nicht mehr verbraucht wird als auch tatsächlich nachwächst, damit auch kommende Generationen von einer intakten Schöpfung profitieren können. Dies gilt für die Natur in der wunderschönen Kulturlandschaft in Oberschwaben und im Allgäu genauso wie für die Finanzen. Langfristig kann

niemand mehr Geld ausgeben, als er selbst erwirtschaftet. Eine Verschuldung, bei der Lasten auf kommende Generationen verlagert werden, widerspricht deshalb dem Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Zur Nachhaltigkeit gehört es auch, dass die Belastung für Bürger und Unternehmen auf ein notwendiges und erträgliches Maß reduziert wird. Ist die Belastung zu hoch, hat dies negative Auswirkungen auf Wirtschaftstätigkeit, Einkommen und Arbeitsplatzsituation. Der Kreis hat hier mittelbaren Einfluss, da er durch die Höhe der Kreisumlage die Finanzlage der Gemeinden beeinflusst.

Zusammenhalt von Stadt und Land:

In unserer Region ergänzen sich pulsierende „Ballungsräume“ wie das Schussental und starke ländliche, dezentral strukturierte Räume gegenseitig. Wir können hier ruhig von Symbiose zwischen Stadt und Land sprechen, gerade wenn wir die Region Bodensee-Oberschwaben mit anderen Regionen in Deutschland – auch in den alten Bundesländern – vergleichen. Das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wird vielerorts durch den demographischen Wandel – dem auch wir uns nicht entziehen können – und von zentralistischen Tendenzen gestört.

Wenn im Haushaltsplan für das kommende Jahr diesen drei Prinzipien Rechnung getragen wird, können wir ihm guten Gewissens zustimmen.

Der Sozialetat ist mit Aufwendungen von nahezu 109 Millionen Euro der größte Bereich des Kreishaushaltes. Die Nettotransferleistungen betragen 93,75 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich beim Sozialetat um einen Anstieg von 1,3 Prozent. Dieser Anstieg hat zwei grundlegende Ursachen, die sich hinter den einzelnen Haushaltsposten verbergen:

Dies hat zum einen seinen Grund in der schwierigeren wirtschaftlichen Lage. Viel bedeutender ist aber der gesellschaftliche Wandel. Immer mehr Menschen sind nicht in der Lage ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Darunter sind viele Menschen die nicht selbstverschuldet in eine Notlage geraten sind. An dieser Stelle stehen wir in der sozialen Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Wir dürfen aber nicht zusehen, wie immer mehr Menschen von sozialen Transferleistungen abhängig werden und diese Aufwendungen einen immer größeren Teil unseres Gesamthaushaltes einnehmen – und damit die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises in anderen wichtigen Bereichen einschränken.

Ludwig Erhard, der Vater der sozialen Marktwirtschaft hat in den 50er Jahren gesagt, „Ich bin erschrocken, wie mächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschallte. Falls diese Sucht weiter um sich greift, schlittern wir in eine gesellschaftliche Ordnung, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat (1958).“

Lassen Sie mich dies anhand einer beispielhaften Lohnabrechnung einer Arzthelferin mit einem Jahresverdienst von 19.150 Euro brutto demonstrieren. Dies sind ca. 1600 Euro pro Monat. Auf dieser Basis ergeben sich folgende Abzüge:

- Lohnsteuer: 1827 Euro
- Kirchensteuer: 146 Euro
- Soli: 100 Euro
- Krankenversicherung: 1497 Euro
- Arbeitslosenversicherung: 260 Euro
- Rentenversicherung: 1.851 Euro
- Pflegeversicherung: 228 Euro

Dies macht in der Summe einen Nettoverdienst von 13.241Euro. Damit werden aus durchschnittlich 1600 Euro pro Monat 1103 Euro.

Hier sehen Sie wie hoch die Belastung durch Steuern und Abgaben für den durchschnittlichen Bürger ist. Durch dieses Übermaß an Belastung schwindet die Akzeptanz und Menschen versuchen sich zu entziehen.

Ziel einer jeglichen Sozialpolitik muss es sein, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und ein eigenverantwortliches und selbst bestimmtes Leben zu führen, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen. Die Freiheit für sich selbst Entscheidungen treffen zu können und das Leben selbstbestimmt zu gestalten, hat für uns viel mit dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zu tun. Deshalb muss man sich auch hüten Familien Aufgaben einfach abzunehmen. Der Staat entscheidet dann in vielen Dingen, die die Familien direkt betreffen, an deren Stelle. Gefährlich wird dies für die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts dann, wenn sich viele Menschen daran gewöhnen.

An dieser Stelle kommen wir noch einmal auf Ludwig Erhard zurück, der gesagt hat: „Ziel der deutschen Sozialpolitik muss es sein, alle sozialen Gruppen vor einer Entwicklung zu bewahren, in der sie zunehmend bloß Objekte staatlicher Fürsorge sind (1965).“

Wir können diese Entwicklung nicht gut finden, denn sie schafft eine Abhängigkeits- und Erwartungskultur gegenüber Staat und Gesellschaft anstatt den Menschen tatsächlich eine Chance zu bieten. Das Problem liegt hier aber nicht beim Kreis. Wir sind durch Bund und Land verpflichtet, die Ausgaben in dieser Form zu leisten. Wir können aber deutlich machen, dass

durch den gegenwärtigen Aufbau des Sozialstaates die Probleme nicht gelöst, sondern nur bei steigenden Kosten verwaltet werden. Deshalb ist eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die darauf ausgerichtet sein muss, es den Menschen zu ermöglichen ihr Leben wieder sprichwörtlich „in die Hand zu nehmen“ zwingend notwendig.

Um in der Lage zu sein ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen, ist Bildung die absolut entscheidende Voraussetzung. Für uns ist Chancengleichheit ein hohes Gut. Jeder junge Mensch muss die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln. Dazu gehört es auch, dass nach einem erfolgreichen Hauptschulabschluss die Möglichkeit besteht die Mittlere Reife und danach das Abitur zu erlangen. Hier darf es keine Sackgassen geben!

Wir haben aber das Problem, dass die Beruflichen Gymnasien verstopft sind. In diesem Jahr wurden durch den Landkreis einige neue Klassen eingeführt. Dies ist mit Sicherheit ein guter Schritt in die richtige Richtung. Hierfür sind wir der Verwaltung für ihre Bemühungen, die von Erfolg gekrönt wurden, ausdrücklich dankbar.

Doch wir haben leider immer noch zu wenig Plätze. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, dass nicht alle jungen Menschen ihre Talente voll nutzen können! Deshalb muss jeder Realschüler, der die nötige Qualifikation mitbringt auch einen Platz an einem beruflichen Gymnasium bekommen können, so wie ein Hauptschüler mit der erforderlichen Qualifikation auch die Mittlere Reife machen können muss.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die beste soziale Sicherung ein menschengerechter Arbeitsplatz ist.

Der Kreis Ravensburg hat mit 3,8 Prozent eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten. Diese vergleichsweise gute Lage, die Ökonomen als Vollbeschäftigung bezeichnen, verdanken wir dem Engagement der

Unternehmer und dem Einsatz der Arbeitnehmer. Die Politik kann hier nur die Rahmenbedingungen schaffen. Wir brauchen im Kreis Ravensburg ein nachhaltig wirtschaftsfreundliches Klima. Unsere Wirtschaftsfördergesellschaft leistet hier schon sehr gute Dienste.

Doch wie können wir dieses Klima noch weiter verbessern?

Unternehmen und Privatpersonen müssen die bestmögliche Beratung über Fördermöglichkeiten, ich kann hier beispielhaft die energetische Sanierung nennen, schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren und einen guten Kontakt zur Verwaltung haben.

Zu einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik gehört es auch, dass jede Gemeinde eine Entwicklungsperspektive und ein wirtschaftliches Standbein hat. Das heißt klipp und klar, dass jede Gemeinde ihre eigenen Industrie- und Gewerbegebiete haben soll. Wir haben das Glück, dass wir starke ländliche Räume haben. Diese dürfen wir nicht gefährden. Eine gezielte Industriepolitik ist notwendig, da wir im Kreis Wertschöpfung brauchen. Deshalb muss das Stora Enso-Gelände in Baienfurt als Industriegebiet erhalten werden. Im Kreis wäre auch die Ausweisung von neuen Industriegebieten zu überlegen.

Die Tendenz, dass sich viele kleinere Gemeinden zu Wohngemeinden entwickeln schätze ich als sehr gefährlich ein. Um eine berufliche Perspektive zu haben werden junge Menschen oft gezwungen wegzuziehen. Diesem Trend müssen wir mit einer aktiven Gewerbe- und Industriepolitik entgegen. Deshalb treten wir einer ideologische Debatte, die sich zunehmend grundsätzlich gegen Gewerbeansiedlungen richtet, entschieden entgegen. Nur wenn wir diesen Gemeinden eine Entwicklungsperspektive ermöglichen, sind diese überhaupt in der Lage, sich gegen die demographische Entwicklung zu stemmen und ihr reiches gesellschaftliches und kulturelles Erbe zu erhalten.

Für uns ist es aber auch klar, dass dies in Einklang mit der Umwelt geschehen muss, da unsere weitgehend intakte Kulturlandschaft der größte Schatz der Region darstellt. Sie ist nicht nur für Pflanzen und Tiere Lebensraum, sondern auch für die Menschen ein Erholungsraum und durch die Landwirtschaft und den Tourismus von wirtschaftlicher Bedeutung. Deshalb ist es notwendig, die Bereitstellung von Industrie- und Gewerbegebieten auf regionaler Ebene in Zusammenarbeit mit allen Gemeinden zu koordinieren und einen Wildwuchs zu verhindern.

Die Bereitstellung von Flächen ist direkt mit der Grunderwerbsteuer verbunden. Wir halten den Planwert für das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer für sehr optimistisch, da gegenwärtig hierfür nicht überall die benötigten Flächen zur Verfügung gestellt werden. Ich kann hier beispielhaft einen Antrag der FDP-Gemeinderatsfraktion Ravensburg bezüglich eines Industriegebietes nennen. Aus unserer Sicht wären deshalb 9 Millionen Euro realistischer.

Ein Hemmnis für die Entwicklung unserer Region ist die unzureichende Verkehrsinfrastruktur. Sie spiegelt unsere Wirtschaftskraft in keiner Weise wieder. Durch Staus, wie beispielsweise in den Stoßzeiten zwischen Ravensburg und Friedrichshafen, geht Menschen nicht nur viel Zeit verloren, sondern es entsteht auch noch eine zusätzliche Belastung der Umwelt. Deshalb müssen alle politischen Kräfte unserer Region beim Bund auf einen zügigen Baubeginn der B30 neu drängen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Infrastruktur ist der Ausbau der Breitbandversorgung. Der Zugang zu schnellem Internet ist zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden. Der Kreis ist hier auf einem guten Weg. Diese Bemühungen müssen auch in der Zukunft zielstrebig fortgesetzt werden. Diese werden wir selbstverständlich unterstützen.

Wie Sie, Herr Landrat, bei der Einbringung des Haushalts sehr schön gesagt haben, ist eine funktionierende kommunale Familie sehr wichtig. Deshalb begrüßen wir die Senkung der Kreisumlage um zwei Prozent auf 29,5 Prozent ausdrücklich. Dadurch werden die Gemeinden in einer für sie finanziell schwierigen Zeit entlastet. Dies nimmt aber auch den Druck von der Grundsteuer und der Gewerbesteuer und kommt damit dem Bürger und den Unternehmen zu Gute.

Ein weiterer Bereich, der die Finanzen des Kreises in den kommenden Jahren bestimmen wird, sind die Oberschwabenkliniken. Der Kreis hat sich hier für eine betont dezentrale Krankenhausstruktur entschieden, damit im gesamten Kreisgebiet eine flächendeckende Notfallversorgung gewährleistet werden kann. Wir stehen entschieden hinter diesem Ziel. Deshalb lehnen wir eine Rosinenpickerei konsequenterweise ab, da dann die OSK lediglich auf den verlustbringenden, aber notwendigen Dienstleistungen sitzen bleiben würde. Der Verlierer wäre hier der ländliche Raum.

Eine funktionierende Notfallversorgung hängt aber am normalen Krankenhausbetrieb und kann durch am Krankenhausstandort angesiedelte Praxen nicht ersetzt, sondern lediglich ergänzt werden. Deshalb muss jedem Krankenhaus eine Entwicklungsperspektive geboten werden. Die Nahversorgungszentren erfüllen aber die wichtige Aufgabe Patientenströme in die Häuser der OSK zu lenken und damit die Auslastung zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang hat mich als Leutkircher die gestrige Meldung der Zeitung, wonach die Krankenkassen nicht mehr bereit wären, kurzzeitchirurgische Leistungen an der Wirbelsäule am Standort Leutkirch zu bezahlen, alarmiert. Verlierer wären hier nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Leutkircher Krankenhauses, sondern in erster Linie die Patienten. Meiner Ansicht nach gibt es keinerlei betriebswirtschaftliche oder medizinische Begründung für diese Entscheidung. Die Frage ist jetzt nicht ob

der „Schwarze Peter“ beim Sozialministerium, den Krankenkassen oder vor der eigenen Türe liegt, sondern was getan werden kann, um das Problem zu beheben. Die Leitung der OSK ist an dieser Stelle gefordert für das Krankenhaus Leutkirch eine langfristige Perspektive zu erarbeiten. Am besten wäre es wenn eine Lösung gefunden werden könnte damit Herr Dr. Gitter in Leutkirch bleiben kann. Es handelt sich hier immerhin um die viertgrößte Stadt im Landkreis mit einem sehr großen Einzugsgebiet, die ein funktionierendes und leistungsfähiges Krankenhaus benötigt.

Bezüglich dem EK-Projekt, kann ich Ihnen versichern, dass die FDP voll hinter ihm steht. Die OSK braucht ein leistungsfähiges Flaggschiff, das im Verbund mit den anderen Krankenhäusern, bei denen jedes einzelne ein Alleinstellungsmerkmal haben muss, eine in der Fläche funktionierende Krankenhauslandschaft bilden kann.

Was die Finanzpolitik anbelangt, so sind wir von der Verschuldungsperspektive, welche uns die nächsten Jahre bieten, nicht gerade begeistert. Gewiss, die Schulden hängen mit einem großen Zukunftsprojekt des Kreises zusammen. Doch wir müssen uns bewusst sein, dass dies die Finanzen des Kreises über viele Jahre bestimmen wird und man sich dann andere Dinge, die man gerne hätte, nicht leisten kann. Es ist sehr gut, dass der Kreis in den letzten Jahren durch eine konsequente Verringerung der Verschuldung seine finanzielle Position verbessert hat. Wird diese sparsame Haushaltsführung fortgesetzt, so können Sie auch mit unserer Unterstützung rechnen.

Zusammenfassend kann ich somit feststellen, dass dieser Haushaltsplan mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetrieben, mit einigen Einschränkungen, den Prinzipien der Schaffung von Chancen für Menschen, der Nachhaltigkeit und dem Zusammenhalt von Stadt und Land Rechnung trägt. Wenn nach der

abschließenden Haushaltsberatung insgesamt mindestens eine schwarze Null herauskommt und ein Zeichen gesetzt wird, dass die Ausgabenseite nicht kontinuierlich wachsen soll, werden wir dem Haushalt zustimmen.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion, bei Herrn Landrat, bei allen anderen Fraktionen und natürlich bei allen Mitarbeitern des Landkreises für die offene und freundliche Aufnahme bedanken. Die Wählerinnen und Wähler haben im Juni die FDP als neue Fraktion in den Ravensburger Kreistag gewählt. Sie haben uns die Eingewöhnung durch Ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und in manchen Fällen ja fast schon durch Beratung erleichtert. Die Tatsache, dass wir bei der Besetzung der Ausschüsse berücksichtigt wurden und dies als Konsens aller Fraktionen erreicht wurde, spricht für den Geist der in diesem Gremium wirkt. Und es ist ein guter Geist.

Herzlichen Dank!